



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/4 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfteiligen Zeile in Beilage 1 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 328. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 17. Juli 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 16. Juli. Aus Metkovich wird vom gestrigen Tage gemeldet, daß am 13. d. ein starker Kampf jenseits des Zetta-Flusses zwischen den Türken und Montenegrinern stattgefunden, in welchem die Türken gesiegt haben. Derselben marschiren gegen Cetinje. Der Wojwode von Grahovo ist getödtet worden.

London, 15. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Layard auf eine desfallsige Interpellation Farquhar's, daß aus China eingetroffene Depeschen die Einnahme Ningpo's bestätigen. Er sprach gleichzeitig sein Bedauern aus, daß der Tod des Admirals Protet ebenfalls bestätigt worden sei.

Paris, 16. Juli. Der heutige „Moniteur“ bringt Nachrichten aus Vera-Cruz vom 15. und aus Orizaba vom 11. Juni. Die Franzosen hatten noch immer dieselbe Stellung inne; der Gesundheitszustand war sehr gut. Douai war am 10. mit 45 Wagen in Orizaba eingetroffen und am 11. abgegangen, um in Cordoba den Oberbefehl zu übernehmen. Ein zweiter Transport mit Lebensmitteln auf 25 Tage hatte Vera-Cruz verlassen. Die Mexikaner hatten 20 Wagen genommen. General Marquez war mit 1500 Mann am 15. v. M. von Orizaba nach Vera-Cruz gekommen und bereitete sich zum Abzuge vor, um sich mit General Lorencez zu vereinigen.

Eine Depesche des Admirals Bonard bestätigt, daß die Regierung von Suo eine Gesandtschaft abgeschickt habe, um mit dem franz. Befehlshaber wegen des Friedens zu unterhandeln.

Preußen.

Berlin, 16. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Controleur der Sparcasse zu Berlin, Karl Philipp Paves, den rothen Alerorden vierter Klasse zu verleihen, und die Kaufleute F. J. Savares in Faro, J. A. B. Cabral in Lagos und M. G. Kolban in Villa Real de Santo Antonio zu Vice-Consuln daselbst zu ernennen.

Der Kreis-Wundarzt, praktischer Arzt und Geburtshelfer Dr. Giese zu Salzwedel ist zum Kreis-Physikus des Kreises Akenau ernannt worden.

Der Wundarzt 1. Klasse Schroeder ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Liebenwerda ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Zollvereins-Vollmächtigten, Ober- und Geheimen Regierungsrath Schob zu Hannover, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Hannover Majestät ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes zweiter Klasse des Guelphen-Ordens zu erteilen.

A Berlin, 16. Juli. Erst gestern hat der Graf de Launay dem Grafen Bernstorff eine Depesche überreicht, in welcher sich der Minister Rattazzi über die früher von Preußen formulirten Bedingungen für die Anerkennung Italiens, welche Bedingungen man wohl correcter als Voraussetzungen bezeichnen müßte, ausdrückt. So viel man heute über die Erklärungen des ital. Cabinets erfährt, sollen sie sehr befriedigend sein und auch eine so gute Aufnahme bei der preussischen Regierung gefunden haben, daß die officielle Anerkennung des neuen Staates von Seiten Preußens nunmehr in der aller nächsten Zeit zu erwarten ist. Ich habe früher jedesmal, wenn ich mein Bedauern darüber ausdrückte, daß Preußen über Gebühr mit diesem Schritte zögere, auf Oesterreich hingewiesen, welchem man hier zu viel Rücksichten zu Theil werden ließ. Ich kann diese Ansicht auch heute noch nicht aufgeben, obgleich ich nicht verkenne, daß wohl auch andere Gesichtspunkte, unter denen die Anerkennung Italiens ins Auge gefaßt werden mußte, in Erwägung gezogen worden sind. Principiell war die Anerkennung schon längst beschloffen und auch die Rücksichten auf Oesterreich als Bundesstaat müssen nur formeller Natur gewesen sein. Spricht jetzt Preußen die Anerkennung aus, so zeigt es damit, daß es die feindselige Haltung des wiener Cabinets zu würdigen weiß, daß es entschlossen ist, auch nicht mehr die mindeste Rücksicht auf Oesterreichs Wünsche zu nehmen und nur seine eigenen Interessen zu verfolgen. In unseren Beziehungen zu dem Königreich Italien wird mit der Anerkennung nichts geändert, denn wir haben die diplomatischen Verbindungen nie abgebrochen und es haben stets die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen Berlin und Turin bestanden. Man bewundert hier allgemein die außerordentlich kluge Haltung des Grafen de Launay seit dem Jahre 1859; seine Stellung war eine delikate und überaus schwierige. Um so mehr würde man es hier bedauern, wenn der Graf, wie man erzählt, auf einen andern diplomatischen Posten von seiner Regierung berufen werden sollte.

Sie finden in der ausburger „A. Z.“ die von Wien versandten Actenstücke über den österreichischen Plan des Eintritts in den Zollverein. In Berlin ist auch noch eine andere Bernstorff'sche Note d. d. 10. Juli in derselben Angelegenheit übergeben worden. Noch einmal und von Neuem nimmt das wiener Cabinet darin Bezug auf den Handelsvertrag von 1853, leitet von Neuem aus diesem Vertrage den rechtlichen Anspruch zum Eintritt Oesterreichs in den Zollverein her und fordert den Zusammentritt von Conferenzen, um die im Vertrage von 1853 in Aussicht gestellte Zollvereinigung herbeizuführen. Der Graf Rechberg scheint diesen Vertrag ungefähr so anzusehen, wie die Bundesacte; er scheint zu glauben, daß Preußen an diesen Vertrag für immer gebunden sei. Ist denn aber ein Handelsvertrag etwas anders, als jeder andere Vertrag, der gekündigt werden kann, sobald er einem der contrahirenden Theile nicht mehr convenirt? Die eigentliche Absicht Oesterreichs geht übrigens dahin, mit Hilfe der sächsischen Regierung einen Druck auf Preußen auszuüben, denn in der Note vom 10. Juli wendet sich das wiener Cabinet nicht an die Großmacht Preußen, welche bereits mit dem preuß.-franz. Handelsvertrage Stellung genommen, sondern an Preußen, als Mitglied des deutschen Zollvereins. Der Graf Rechberg wird sich arg kauschen mit dem beabsichtigten Druck, um den Handelsvertrag mit Frankreich und die Tarifreform zu hintertreiben. Die Tarifreform soll den Bedürfnissen der deutschen Industrie entsprechen, soll Unhaltbares beseitigen und Preußen wird mit festem Willen die österreichischen Bestrebungen, gerade dies Unhaltbar geworden zu perpetuiren, zu nichte machen. — Was die geforderte Zusammenberufung der Zollvereins-Conferenz betrifft, so kann diese Preußen nicht abgehen; es kann aber die Gelegenheit benutzen, um von vorn herein Oesterreich das Unnütze seiner Bestrebungen zu zeigen und den süddeutschen Regierungen die Ueberzeugung beizubringen, daß es fest entschlossen ist, den Zollverein nur auf Grund der Tarifreform, wie sie in dem Handelsvertrage mit Frankreich aufgestellt ist, neu zu organisiren.

Die archives diplomatiques veröffentlichen eine dänische Note vom 8. Mai an die europäischen Mächte. Ohne auf den Inhalt derselben näher einzugehen, will ich nur bemerken, daß diese Note vom Grafen Bernstorff selbstständig und ohne vorherige Verständigung mit dem wiener Cabinet in einer Circulardepesche an die Höfe von London, Petersburg und Paris beantwortet worden ist, wogegen die preussisch-österreichische Antwort auf die Note vom 26. April noch nicht nach Kopenhagen expedirt sein dürfte.

Die Verstärkungen, welche Frankreich jetzt und vorläufig nach Mexiko schickt und die nicht über die Zahl von 3000 Mann hinausgehen, werden sich am 20. in Toulon einschiffen. An eben diesem Tage soll auch die Abreise des Majors v. Stein erfolgen. Man erzählt hier, daß es die Absicht der preussischen Regierung sei, einige Genie- und Marineoffiziere zur Ausstellung nach London zu senden, um über die dort aufgestellten Maschinen, welche in ihr Fach schlagen, Bericht zu erstatten.

Berlin, 13. Juli. [Zu den Conferenzen des Kriegsministers mit den Abgeordneten] bringt die „A. S. Z.“ folgende Mittheilung: Faktisch ist, daß die Verschönlung des Herrn von Roon sogar soweit sich erstreckt, daß er mit Herrn Twesten und andern Gleichgesinnten eine lange persönliche Konferenz abgehalten. In dieser Konferenz hat Herr v. Roon erklärt: Faktisch sei man ja bereits auf die zwei und einhalbjährige Dienstzeit gekommen. Ja, man würde schließlich auch nicht abgeneigt sein, thatsächlich auf die zweijährige Dienstzeit überzugehen. Dabei sei aber zweierlei nicht zu übersehen. Einmal würden durch die zweijährige Dienstzeit nur ca. 3 Millionen erspart werden, und der Landtag wolle 7 Millionen abgeben. Dann aber sei wenig Aussicht vorhanden, zu einer gefühligen Feststellung der zweijährigen Dienstzeit auch noch einen der anderen Faktoren der Gesetzgebung zu bestimmen. Bei der ganzen Unterredung soll sich Herr v. Roon höchst loyal benommen haben. Er hat ausdrücklich erklärt, daß, wenn ein Verlassen seines Ministerpostens etwa den Landtag milder stimmen würde, er mit Vergnügen seine Stellung opfern würde. Es soll ihm aber darauf erwidert sein, daß er gerade wegen seines offenen Charakters von der Opposition geachtet werde und man nicht wünsche, ihn durch einen glatteren Minister ersetzt zu sehen. Kein Ministerwechsel, sondern ein Systemwechsel in Beziehung auf die Militärorganisation könne das Land befriedigen. (Vergl. den Artikel der „Stern-Zeitung“.)

K. C. Berlin, 15. Juli. Unter den in der Kreisordnungs-Commission des Herrenhauses gestellten Änderungsanträgen ist bereits gestern derjenige mit angeführt, welcher den höchstbesteuerten Grundbesitzern eines Kreises den dritten Theil der Mitgliederzahl der Kreisvertretung zuwenden will. Dieser Antrag soll vom Grafen Dönhoff gestellt sein. Die Motive desselben sind für die politischen Anschauungen der betreffenden Partei zu charakteristisch, um nicht an sich, auch abgesehen von der voraussichtlichen Erfolglosigkeit der parlamentarischen Beratungen in dieser Sache, von Interesse zu sein; die Motive werden wörtlich so angegeben:

„Gegenwärtig zählen die Kreistage der 234 Kreise der sechs östlichen Provinzen des Staates 11,716 Mitglieder, worunter 9331 Rittergutsbesitzer, 1069 Vertreter der Städte und 1316 Vertreter der Landgemeinden.“

„Nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf würden in Zukunft diese 234 Kreise nur durch 5903 gewählte Mitglieder vertreten sein, und zwar durch 2562 Abgeordnete des großen Grundbesitzes, 1283 Abgeordnete der Städte und 2058 Abgeordnete der Landgemeinden.“

„Während gegenwärtig die gewählte, also wechselnde Vertretung der Städte- und Landgemeinden zusammen um circa 1/3; die stabile und bleibende Vertretung durch den großen Grundbesitz aber 2/3 der Gesamtvertretung der Kreise bilden, würde in Zukunft bei unveränderter Annahme des Gesetzesentwurfs die Gesamtvertretung der Kreise ausschließlich eine gewählte sein, zu der der große Grundbesitz excl. der bisher auf den Kreistagen gar nicht vertretenen königl. Domänen und Forsten nur circa 1/3 beizutragen hätte, d. h. daß während jetzt die Zahl der Stimmen des großen Grundbesitzes auf den Kreistagen im Durchschnitt das 4fache der Stimmen der Städte und Landgemeinden beträgt, in Zukunft die Stimmenzahl des großen Grundbesitzes gleich, permanent um einige 20 St. geringer, als die Stimmenzahl der Städte und Landgemeinden sein würde.“

Es würde hierdurch ein so plötzlicher Wechsel in dem ganzen bisherigen Rechts- und Thatbestande der Kreisverfassung, eine so vollständige Verdrängung des bisherigen Schmerpunktes in der Kreisvertretung herbeigeführt werden, daß sich die Folgen davon gar nicht übersehen lassen, und daß es schon aus allgemeinen Rücksichten der Vorsicht und des Maßhaltens dringend gerathen erscheint, eine Milderung dieses jähren, unvermittelten Ueberganges eintreten zu lassen.“

„In den Provinzen Preußen, Posen und Schleien ist der Zustand der Landgemeinden größtentheils ein noch sehr unentwickelter; es giebt dort noch über 2 Millionen Menschen der ländlichen Bevölkerung, die der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Das Resultat der Wahlen liegt unter solchen Umständen zumal in politisch aufgeregten Zeiten außer aller Berechnung.“

„Die ländlichen Verhältnisse vertragen weniger, wie die städtischen, einen so scharfen Wechsel in ihren organischen Einrichtungen, zumal wenn sie von so altem, lang gewohnten und vielfach erprobten Bestande sind, wie die Kreisordnung.“

„Bei der Kreis-Ordnung sind aber die ländlichen Verhältnisse ganz vorzugsweise maßgebend, denn — abgesehen von den 8 großen Städten mit circa 1 Million Einwohner, welche sich nicht im Kreis-Verbande befinden, und auf die sich also die Kreis-Ordnung gar nicht bezieht — sind von den 12,038,056 Einwohnern der 234 Kreise der 6 östlichen Provinzen 9,184,460, also über 3/4, Bewohner des flachen Landes und nur 2,853,596, also weniger als 1/4, Bewohner der Städte und selbst von diesen letzteren kann ein nicht unbedeutender Theil — die Bewohner der kleinen Adelsstädte im Osten der Monarchie — thatsächlich sehr viel eher der ländlichen Bevölkerung zugezählt werden.“

„Es empfiehlt sich daher dringend, dem aus Wahlen hervorgehenden fluctuirenden Elemente in den Kreistagen auch ein stabileres Element beizufügen. Ein solches sind die höchstbesteuerten Grundbesitzer im Kreise. Es entspricht dies überdies der natürlichen Gerechtigkeit und Billigkeit, daß diejenigen Kreis-Angehörigen, welche am Meisten zu den Verwaltungskosten des Kreises beitragen, auch irgend eine Garantie bekommen, an dieser Verwaltung dauernd betheiligt zu sein. Es ist dies von um so größerer Bedeutung, als die Kosten der Kreis-Communal-Verwaltung über all in raschem Steigen wachsen und als auch die Verrichtung der Kreistage, die Kreis-Eingekessenen, selbst zum Zwecke von facultativen Ausgaben zu besteuern, in immer ausgedehnterem Maße geübt wird.“

Der heute vom Kriegsminister eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die außerordentlichen Bedürfnisse der Marine, will den Minister ermächtigen, außer den bereits im Etat für den gleichen Zweck ausgewiesenen Summen, extraordinär in diesem Jahre 1862 für die Marine zu verwenden 1,400,000 Thlr., und zwar 220,000 Thlr. zur Fortsetzung begonnener Schiffsbauten, 200,000 Thlr. zum Bau von Übungschiffen, 600,000 Thlr. als Rate zum Bau von drei Panzerbooten, und 380,000 Thlr. als erste Rate zur Anlegung eines Hafens auf der Insel Rügen. Die Gelder sollen (§ 2) aus dem Staatschatz entnommen werden.

Nach dem zweiten, vom Justizminister eingebrachten Gesetzentwurf, soll das Briefbestellgeld für gerichtliche Inquisitionen, zu deren Versendung durch die Post die Gerichte berechtigt bleiben, vom 1. September d. J. an wegfallen.

Aus dem Bericht der Budget-Commission über die Stats des landwirthschaftlichen Ministeriums in der Geschäftsverwaltung für 1862 und 1863 (Hef. Schick und Andre) sind an sachlichen Anträgen der Commission hervorzuheben: 1) gegen die Regierung die Erwartung auszusprechen, daß sie die künftigen Fischzucht ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden; 2) die Erwartung auszusprechen, daß sie an allen Landes-Universitäten, wo es noch nicht gechehen, Einrichtungen für den landwirthschaftlichen Unterricht treffe; 3) die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung die Fonds zur Förderung der Landkultur angemessen verstärken werde, um dem landwirthschaftlichen Gewerbe diejenige Unterstützung angedeihen zu lassen, welche dasselbe bei Verfolgung allgemeiner Zwecke von der Staatsregierung zu erwarten wohl beugt ist. Für 1864 wünscht die Commission den Titel zu Meliorationen und Deichbauten (1859: 250,000 Thlr.)

seitdem 150,000 Thlr., jetzt wieder 175,000 Thlr.), weiter erhöht zu sehen, wenn die Finanzlage des Staats es gestattet. — Beanstandet hat die Commission keine Position.

Präsident Grabow ist soweit in der Besserung, daß man hofft, er werde am Freitag wieder den Vorsitz führen.

L. C. Berlin, 16. Juli. Im Herrenhause wird, wie bestimmt verlautet, für mehrere Wochen keine Plenarsitzung stattfinden.

Die Handelscommission des Hauses der Abgg. hat bei der zweiten Beratung des Budgetgesetzes den Änderungsanträgen des Herrenhauses, mit Ausnahme der Wiederherstellung des § 7, betreffend die unter gewissen Eventualitäten erlaubte Einführung der Bauschlichtigkeit, beizutreten beschloffen. Referent ist diesmal Abg. Reide, da der frühere Referent Abgord. v. Mönne (Solingen), der Minorität angehört, welche die Beschlüsse des Hauses der Abgg. aufrechtzuerhalten will.

Die beiden großen liberalen Fraktionen des Hauses der Abgg. hielten gestern die dritte gemeinsame Besprechung wegen der Militärfrage. Es sprachen Reiche, Jauchner, Lüning, Meibauer, Birschow, Frese, Steinhardt, alle wesentlich in der Richtung des Walbedischen Antrages, Baron Baerist machte Mittheilung, daß er die ihm als Referenten der Budgetcommission übertragenen Arbeit, die Ausgaben für die Reorganisation als Extraordinarium auszuscheiden, beendet habe; danach halte er wohl eine bedeutende Streichung, aber nicht ein pures Zurückgehen auf den Etat von 1859 für ausführbar; schließlich berichtet er von einer Konferenz, die er und Stavenhagen mit dem Kriegsminister auf dessen Einladung gehabt hätten; ein Resultat hat dieselbe nicht gehabt; der Kriegsminister hat sich mit voller Offenheit über die Reformfrage ausgesprochen und namentlich betont, daß man alles vermeiden möge, was dem Herzen des Königs wehe thun könne. — Im Sinne der Ansicht des Abgeordneten Stavenhagen sprach allein der Abgeordnete Ahmann. Die weitere Diskussion ist vertagt. In der Fraktion des linken Centrums wird heute darüber berathen werden, ob die Conferenzen überhaupt noch fortzusetzen sind.

Am Schluß der gestrigen Konferenz hat der Abg. Schulze-Delitzsch, im Auftrage einer Privatversammlung von Abgeordneten mehrerer deutschen Länder in Frankfurt, den Wunsch ausgesprochen, die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses möge eine Deputation zum deutschen Schützenfest entsenden. Die Fraktionen werden baldigst darüber beschließen. — Auf Anregung desselben Abgeordneten, eine Ehrengabe zum deutschen Schützenfest zu geben, ist sofort eine Subscription eröffnet, die den besten Erfolg verspricht.

Die Budget-Commission hat heute die Beratung der Stats der Eisenbahnverwaltung beendet; der Etat ist wesentlich unverändert angenommen. — Die Frage wegen der Rentenconvertnirung des Finanzministers wird morgen zur Sprache kommen.

Berlin, 16. Juli. [Ueber die Unterredungen des Kriegsministers mit hervorragenden Abgeordneten] bringt die „Sternztg.“ folgenden Artikel: Die „Hamburger Börsenhalle“ und die hiesige „Börsen-Zeitung“ bringen in Artikeln vom 13. u. 15. d. M. die Nachricht, daß der Herr Kriegsminister persönlich mit Abgeordneten über die Militärfrage verhandelt habe.

Die Thatsache ist, wie wir zu erklären ermächtigt sind, richtig, keinesweges aber sind es die Modalitäten, unter denen die Verhandlungen, nach jenen Blättern, stattgefunden haben sollen.

Der Herr Kriegsminister mußte aus dienlichem Interesse Verlangen tragen, unrichtige Auffassungen über die Stats-Aussstellung, über die Behandlung des Militär-Budgets, über die Möglichkeit seiner Verstärkung und über die Tragweite etwaiger tendenziöser Herabsetzungen desselben bei Zeiten zu berichtigen. Da nun, dem Vernehmen nach, selbst die Commissions-Verhandlungen über das Militär-Budget erst am Schluß dieses Monats zu erwarten sind, so schien es vollkommen geboten, die Erläuterungen, die der Herr Kriegsminister nur allein geben konnte, so frühzeitig zu geben, als angänglich, um dadurch möglichst Fraktionsbeschlüsse zu verhindern, welche auf unrichtigen Voraussetzungen beruhten.

Dieser Zweck war durch die obwaltenden Verhältnisse so bestimmt angezeigt, daß die zu seiner Erreichung notwendigen Mittel nicht ohne Verletzung wesentlicher Dienstinteressen unangewendet bleiben durften. Demgemäß konnte es dem Herrn Minister nur erwünscht sein, daß die Referenten der Militär-Budget-Commission und einige andere Herren aus verschiedenen Fraktionen, von dem gleichen Interesse geleitet, sich bereit finden ließen, ihn zu besuchen, um die vorliegende Frage in all den obengenannten Beziehungen mit derjenigen Unbefangenheit und Sachlichkeit zu besprechen, welche für ihre richtige Würdigung unerlässlich schien.

Wenn nun die hiesige „Börsenzeitung“ den Vorgang zu einer ihren Partei-Interessen dienenden Darstellung benutzt und allerlei Unrichtiges und Nebenwichtiges in ihre Erzählung verwebt, so können wir hiervon zunächst absehen; es kommt nur darauf an, daß der eigentliche Zweck dieser Besprechungen, wie er oben bezeichnet wurde, dabei nicht übersehen wird.

Die „Börsenzeitung“ schließt mit dem Satz: „Man sieht hieraus, daß und wie die Regierung das Bedürfnis fühlt, die Militärfrage auf verfassungsmäßigem Wege geregelt zu sehen.“

Dies ist vollkommen richtig. Die Regierung hat allerdings den lebhaften Wunsch, diese wichtigste Angelegenheit dergestalt zum Abschluß zu bringen, daß die Rechte mit den Interessen aller Theilnehmenden nicht in Conflict gerathen möchten. Es wäre allerdings eine für Preußen sehr unglückliche Alternative, wenn sich die Nothwendigkeit herausstellen sollte, die einen zu verletzen, um die anderen zu schützen. (Ein solcher Fall könnte also doch eintreten???)

Wenn endlich die „Hamburger Börsenhalle“ meint: diese Konferenzen hätten das Vertrauen der Opposition „sehr gehoben“, denn das Ministerium sei augenscheinlich zum „äußersten Nachgeben“ entschlossen, so möchten wir wohlmeinend rathe, dieser falschen Auffassung kein zu großes Gewicht beizulegen und sich lieber an die betreffenden Herren persönlich zu wenden, um zu erfahren, ob eine solche Neigung zu einer, wie wir annehmen müssen, ganz unthunlichen Nachgiebigkeit von Seiten des Herrn Kriegsministers in jenen Konferenzen bewiesen worden ist.

Wir glauben nicht bloß das Gegentheil, wir wissen es.

Italien.

[Die Regierung und Garibaldi. — Das „Giornale di Verona“ über die Anerkennung Italiens.] Das bedeutendste Ereigniß des Tages liegt wohl in dem energischen Auftreten der Regierung gegen Garibaldi und in dem Umstande, daß sie dabei von der öffentlichen Meinung gestützt wird. Garibaldi scheint noch auf unbestimmte Zeit in Sicilien bleiben zu wollen; das kleine Dampfboot „Tortoli“, das ihn von Genua nach Caprera und von da nach Palermo geführt hatte, ist zurückgekehrt, um seinen gewöhnlichen Postdienst an den sardinischen Küsten wieder zu übernehmen. Zunächst bleibt der General noch einige Tage in Palermo, und dann tritt er eine neue Reise in das Innere der Insel an. Donationen findet er überall in gleichem Grade; er wird dadurch veranlaßt, ziemlich zwanglose Reden

